Bombengeschäft — Geschäft mit der Bombe?

Washington will Bonn zur Revision des deutsch-brasilianischen Atomvertrags zwingen

Der Auftrag aus Brasilien schien perfekt: Für 80 Millionen Dollar orderten die Südamerikaner in der Bundesrepublik Ultrazentrifugen, Maschinen, mit denen sie Uran anreichern wollten. Doch das Geschäft platzte — Washington verbot den Handel.

Damals, 1953, waren die USA Besatzungsmacht in Deutschland.

24 Jahre später würde Washington das Atom-Veto am liebsten wiederholen, obwohl Bonn längst zum Hauptverbündeten der westlichen Führungsmacht aufgestiegen ist. Beugte sich die Bundesregierung der Forderung, gerieten das größte Geschäft in der Geschichte des deutschen Außenhandels in Gefahr: die Lieferung von acht Kernkraftwerken und zwei Fabriken zur Anreicherung und Wiederaufbereitung des Atom-Mülls im Gesamtwert von zwölf Milliarden Mark.

Bonn-Besucher Mondale, Kanzler Schmidt: „Wir brauchen Zeit zum Nachdenken"

Die Amerikaner sehen in dem deutsch-brasilianischen Atom-Abkommen einen Teufelspakt. Sie werfen den Deutschen vor, daß sie ihren brasilianischen Geschäftspartner mit der Lieferung einer Anreicherungs- und einer Wiederaufbereitungsfabrik — im Atom-Jargon „sensitive Anlagen" genannt — in die Lage versetzten, nicht nur Atomenergie, sondern auch nukleare Sprengsätze zu produzieren. Das Bomben-Geschäft sei in Wahrheit ein Geschäft mit der Bombe.

Für US-Präsident Jimmy Carter, den gelernten Atomtechniker und überzeugten Moralisten, ist der Vertrag ein böser Verstoß gegen die guten Sitten, eine Gefährdung des Weltfriedens. Denn die Bonner Atom-Politik trage dazu bei, die Schreckensvision einer Welt, in der Dutzende untereinander verfeindeter Entwicklungsländer die Hand am Bomben-Drücker haben, Wirklichkeit werden zu lassen.

Carter aber hat seinen Wählern versprochen, dem globalen atomaren Wettrüsten Einhalt zu gebieten. Und allen, die dabei nicht mithelfen wollen, will er sich in den Weg stellen, wenn nötig, „mit allen Mitteln, die wir haben".

Die neuen Herren in Washington meinen es ernst — wie ernst, das erfuhr Bundeskanzler Helmut Schmidt am Dienstag letzter Woche, als Carters Stellvertreter Walter Mondale bei ihm vorsprach. Die Deutschen hatten sich zwar auf Ermahnungen ihres amerikanischen Gastes eingerichtet; aber dann waren sie doch überrascht, mit welcher Schärfe Mondale das Atomthema anging.

Ohne jegliche diplomatische Verbrämung präsentierte der neue US-Vize-Präsident seine Forderungen: Die Deutschen sollen darauf verzichten, den Brasilianern Aufbereitungsanlagen zu liefern. Zumindest aber sollen sie die Lieferung so lange hinauszögern, bis zwischen Bonn und Washington eine Verständigung über derart heikle Exporte erreicht worden sei.

Die Folgen dieser amerikanischen Intervention sind, gleichgültig wie die Regierung sich auch verhalten mag, in jedem Fall unerfreulich für die Bundesrepublik.

Stehen die Bonner zum Brasilien-Geschäft, dann überwerfen sie sich mit ihrem engsten Verbündeten. Erfüllen sie die amerikanischen Forderungen und brechen den Export-Vertrag, dann laufen sie Gefahr, nicht nur in Brasilien und Lateinamerika ihr Renommee zu verspielen: Sie degradieren sich in den Augen der Dritten Welt zum Erfüllungsgehilfen der Yankees.

Das Dilemma scheint ausweglos: Die Bundesrepublik kann es sich nicht leisten, ernstlichen Krach mit jener Macht zu riskieren, die allein die militärische Sicherheit Westdeutschlands garantiert. Nicht minder bedrohlich aber wäre es, wenn die Bundesrepublik, deren Wirtschaft zu mehr als einem Viertel von Auslandsaufträgen lebt, durch den Bruch des Brasilien-Vertrages ihre Glaubwürdigkeit als Handelspartner in Frage stellte.

Erinnerungen an die blamablen Folgen des Röhrenembargos von 1962 werden wach: Damals hatte der Nato-Verbündete USA aus angeblich strategischen Gründen die Deutschen zum Verzicht auf ein Röhrengeschäft mit der Sowjet-Union im Wert von 180 Millionen Mark genötigt. Die Ost-Händler aus der Bundesrepublik brauchten fast ein Jahrzehnt, um das damals verspielte Vertrauen im Osten wiederzugewinnen. Ernst Wolf Mommsen, damals Vorstand bei Phoenix-Rheinrohr, weiß heute: „Das hat dem deutschen Ansehen sehr geschadet."

Nun steht die Vertragstreue der deutschen Lieferanten wieder auf dem Spiel — mehr noch, es geht, in den Augen der Bonner, um das Allerheiligste der Nation, um den Wohlstand. Denn nur durch den Export hochqualifizierter Technologie, wie etwa des von Bonn mit 19 Milliarden Mark geförderten Atom-Know-hows, glauben die Bundesdeutschen ihre Spitzenposition auf den Weltmärkten sichern zu können. Liefern die Deutschen nicht die umstrittenen Wiederaufbereitungs- und Anreicherungsanlagen, wollen die Brasilianer auch nicht die acht bestellten Kernkraftwerke haben.

Scheitert das Brasilien-Geschäft, dann geraten allein dadurch beim führenden Reaktorbauer, der Kraftwerk Union (KWU), und seinen Zulieferfirmen rund 20 000 Arbeitsplätze in Gefahr — und das zu einem Zeitpunkt, zu dem die Nuklear-Industrie wegen des innenpolitischen Streits um die Atomenergie schon auf dem heimischen

Markt mit Baustopps und langwierigen Genehmigungsprozeduren zu kämpfen hat.

Schon haben in Angra dos Reis die Bauarbeiten für die ersten beiden deutsch-brasilianischen Reaktoren begonnen, finanziert durch einen Kreditvertrag über 4,3 Milliarden Mark. Deutsche Projektleiter und Facharbeiter legen die Fundamente für die Meiler, die in sechs Jahren jeweils 1300 Megawatt Strom liefern sollen.

Die Bonner Regenten sind sich uneins, wie sie in diesem verwirrenden Geflecht von außenpolitischen Notwendigkeiten und wirtschaftspolitischen Zwängen taktieren sollen. Dabei treten die Koalitionsführer in ungewohnter Formation an. FDP-Chef und Außenminister Hans-Dietrich Genscher, der sich bisher stets als Atlantiker und Amerika-Freund aufführte, möchte um kein Jota von den Brasilien-Verträgen abweichen. Advokat Genscher: „Pacta sunt servanda", Verträge sind einzuhalten.

Der Außenminister will zum einen nicht seine Südamerika-Politik gefährden, die darauf abzielt, gegenüber den Yankee-müden Lateinamerikanern Bonn als Alternative zu Washington aufzubauen. Zum anderen steht Genscher unter dem Druck der Wirtschaftsfreunde in seiner Partei, die in dem lukrativen Handel mit dem zukunftsträchtigen brasilianischen Markt einen Modellfall für die Kooperation mit Entwicklungsländern sehen. Genschers Vize und Wirtschaftsminister Hans Friderichs: „Das ist ein Prüfstein. Wenn wir da nachgeben, dann können wir gleich einpacken."

Die Liberalen glauben nicht, daß Washington die Deutschen mit der Drohung eines Truppenabzuges erpressen kann. FDP-MdB Otto Graf Lambsdorff: „Wir müssen einigen Druck ertragen. Eine so fest etablierte Freundschaft wie die mit den USA muß auch einiges aushalten."

Ganz anders sehen das die Sozialdemokraten. Sie geben sich konzessionsbereit. Kanzler Schmidt: „Wir müssen die Konfrontation vermeiden." Und ein SPD-Vorstandsmitglied verkündet: „Wir können uns nicht über die USA hinwegsetzen, da kommt doch gleich die Truppenfrage hoch."

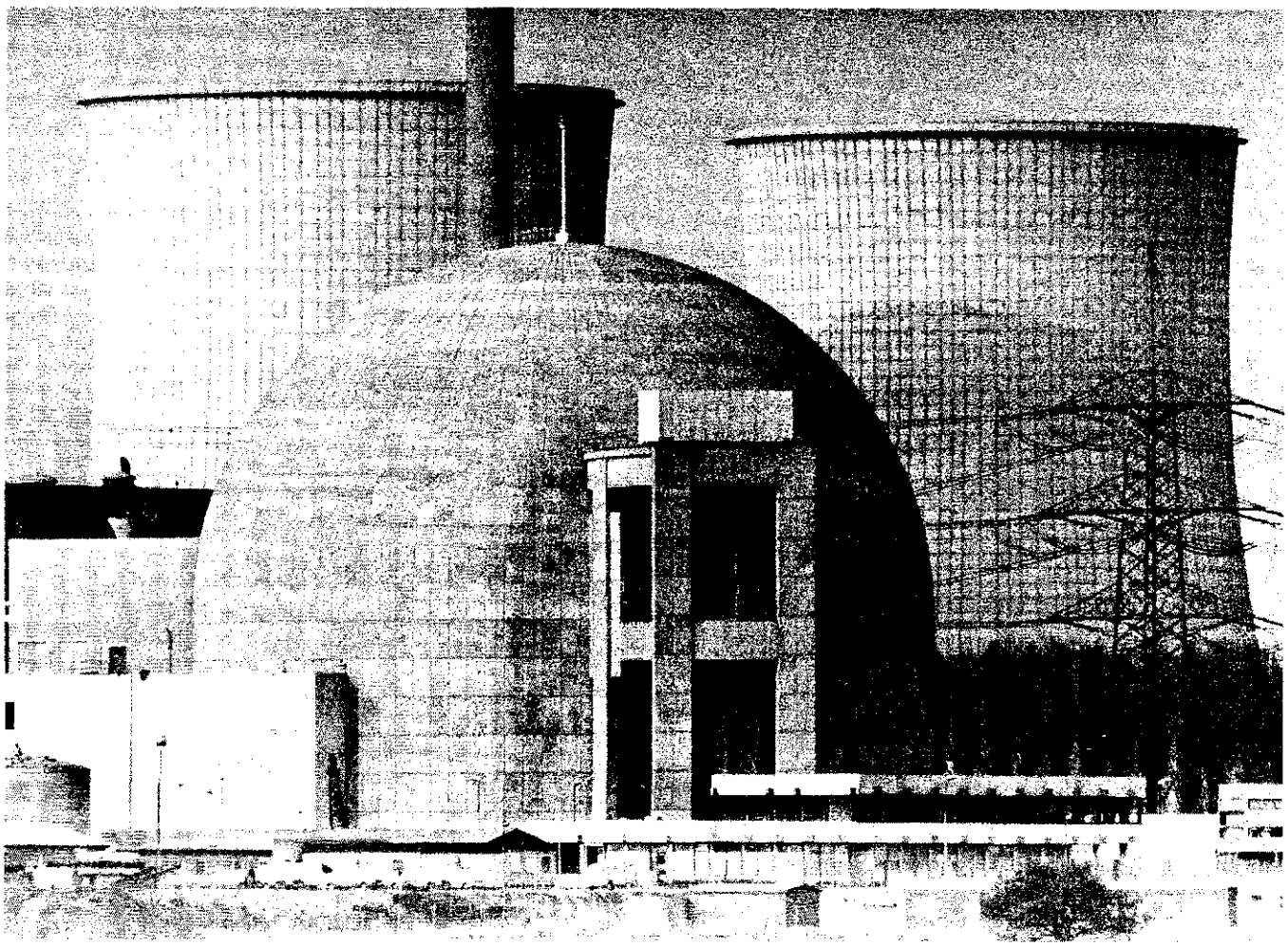
Spätestens seit dem Besuch von Walter Mondale sind der Kanzler und seine Parteifreunde überzeugt, daß es der Carter-Mannschaft wirklich um eine neue Geschäfts-Moral und nicht bloß um die moralische Bemäntelung der Geschäftsinteressen der amerikanischen Atom-Lobby geht.

Das war vorher anders. Als nach Abschluß des Brasilien-Abkommens die ersten Proteste über den Atlantik drangen — die „New York Times" sprach von „atomarem Wahnsinn" —, taten die Bonner Minister sie als schlichtes Komplott der aus dem Feld geschlagenen US-Konkurrenten General Electric und Westinghouse ab. Genscher damals: „Westinghouse ist ein Unterausschuß des amerikanischen Kongresses."

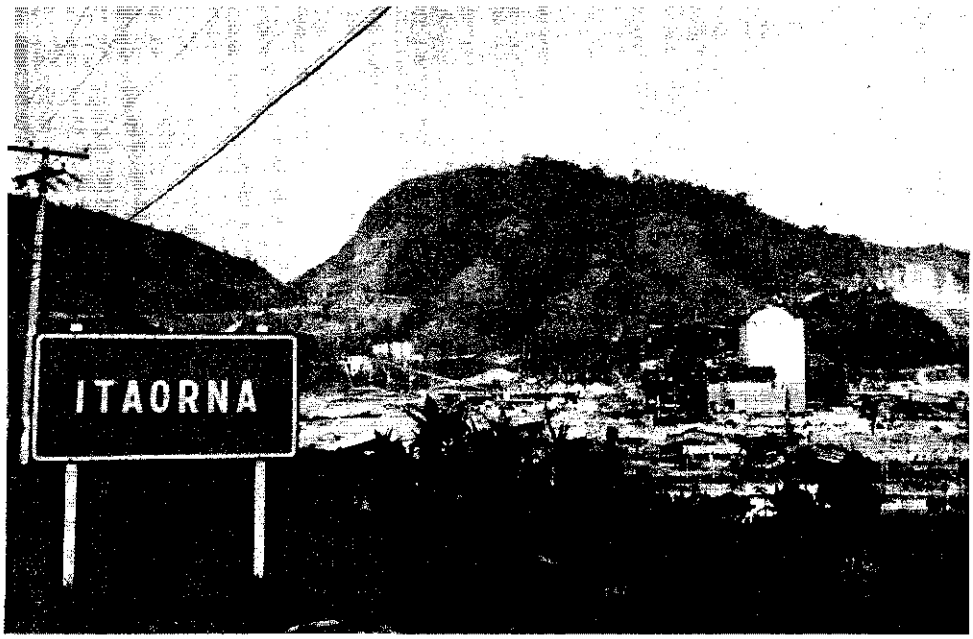
Und gewiß war da bei den Amerikanern eine gehörige Portion Konkurrenzneid im Spiel: Zum erstenmal zog ihre Industrie bei einem Super-Geschäft im Kern-Handel den kürzeren — und das noch im eigenen, amerikanischen Hinterhof.

Doch so ganz unberechtigt war die US-Kritik gleichwohl nicht: Der Auftrag aus Brasilien war dem Branchenführer Westinghouse, der ohnehin bereits ein Kernkraftwerk an dem gleichen Standort wie die KWU baut, nämlich so gut wie sicher. Passen mußte der amerikanische Konzern erst, als die Brasilianer mehr forderten als Reaktoren — eben die Fabrikanlagen zur Anreicherung von Uran und zur Wiederaufbereitung der Kernbrennstoffe.

Die US-Gesetzgebung verbietet den Export von Produktionsstätten für



Deutscher Export-Schlager Kernkraftwerk (Typ Biblis): „Wenn wir da nachgeben, können wir gleich einpacken"



Kraftwerk-Standort Angra dos Reis: Die Arbeiten haben schon begonnen

solch brisantes Material. Denn wer eine Anreicherungsanlage hat, kann Ausgangsmaterial zur Bombenherstellung produzieren. Und wer über eine Aufbereitungsanlage verfügt, der erhält damit auch den Bombengrundstoff Plutonium.

In der Vergangenheit exportierten die Amerikaner zwar bereitwillig Reaktoren und alle dazu nötigen, auch angereicherten Brennstoffe. Doch strenge Klauseln in den Lieferverträgen zwangen die Empfänger-Länder, die verbrauchten Brennstäbe zur Wiederaufbereitung und Kontrolle in die USA zurückzutransportieren. Niemandem sollte es möglich sein, im Reaktor erzeugtes Plutonium oder hochangereichertes Uran für andere Zwecke abzuzweigen — so, wie es den Indern, die 1974 ihre erste A-Bombe zündeten, mit einer aus Kanada gelieferten Anlage möglich war.

Ein nukleares Versorgungsmonopol der USA für die westliche Hemisphäre sollte sicherstellen, daß sich die Bombe nicht unkontrolliert ausbreitet und daß natürlich auch die amerikanische Reaktor-Industrie ihre bis dahin unangefochtene Führungsposition behält. Diese Strategie durchkreuzten die Deutschen mit ihrem Brasilien-Vertrag.

Genau dies, nämlich das Atom-Monopol der USA anzukratzen, war aber auch die Absicht der von den USA ökonomisch abhängigen Brasilianer. Sie wollten sich durch den Kauf deutscher Kerntechnik wenigstens auf dem Gebiet der Energie-Versorgung eine gewisse Selbständigkeit sichern.

Mehr Unabhängigkeit von ausländischen Energie-Lieferanten streben die Brasilianer auch deswegen an, weil sie bisher einen gewaltigen Teil ihrer Deviseneinkünfte, 40 Prozent, allein für Ölimporte auswerfen müssen. Das rohstoffreiche Land, das freilich über keine nennenswerten Kohle- oder Ölvorräte verfügt, kann den Energiebedarf für das Industriedreieck Rio de Janeiro, São Paulo und Belo Horizonte auch nicht allein mit Wasserkraft decken. Einen Ausweg bietet da nur die Kernenergie.

Als geradezu selbstverständliche Dreingabe des teuren Geschäfts mit den Deutschen sieht es dabei die brasilianische Führung um Präsident Ernesto Geisel an, daß sie durch den Aufbau einer eigenen Atomindustrie auch die Möglichkeit erhält, die Bombe zu bauen.

Die Militärjunta verpflichtete sich zwar nach außen, „alle Sicherungsmaßnahmen" zu gewährleisten, „die Verwendung der Kernenergie zu nicht als friedlich geltenden Zwecken, das heißt zur Herstellung von Kernsprengkörpern, verhindern". Aber für den Hausgebrauch wird auch schon mal offen über eine andere Verwendung der deutschen Technologie geredet. So protzte der Radio-Sender Bandeirantes unmittelbar vor der Vertragsunterzeichnung zwischen Bonn und Brasilia: „Brasilien wird jetzt Atomwaffen herstellen." Und noch deutlicher: „Brasilien wird bald aus der Bundesrepublik Anlagen und das Know-how für die Produktion von Atomwaffen erhalten."

Ob und wann die Brasilianer dann tatsächlich ihre Bombe basteln, erscheint da eher nebensächlich. Wichtiger ist, daß die Westdeutschen den Militärs das Unterfutter für ihren Anspruch liefern, zur dominierenden Macht in Lateinamerika aufzurücken.

Mit Sicherheit jedenfalls wird Brasilien die Bombe bauen, wenn Argentinien, der Erzrivale im Süden des Kontinents, atomar aufrüstet. Schon 1974 vermutete die brasilianische Tageszeitung „O Estado de São Paulo": Der technologische Vorsprung Argentiniens dürfte für Brasiliens Militärs Anlaß genug sein, „die Entwicklung einer brasilianischen Bombe voranzutreiben". Und das regierungsnahe „Jornal do Brasil" prophezeit, ab 1990 dulde „Brasiliens nukleare Macht keine Barriere mehr".

Deswegen auch weigert sich das Land beharrlich, den Atomsperrvertrag zu unterzeichnen, der die Weiterverbreitung von Kernwaffen unterbinden soll und der die friedliche Nutzung der Kernenergie unter internationale Kontrollen stellt. Die Deutschen verlangten daher, daß sich Brasilien in einem Dreiecks-Vertrag mit Bonn und der Wiener Atomenergie-Behörde speziell vereinbarten Sicherungsmaßnahmen unterwirft.

Die in diesem Dreier-Abkommen vorgesehenen Kontrollen sind nach Bonner Lesart schärfer als die vom Sperrvertrag vorgesehenen Sicherungen: Die gesamten aus Deutschland gelieferten Anlagen und deren atomare Produktion werden demnach von den Kontrolleuren der Wiener Behörde beobachtet.

Das klingt gut, läßt dennoch aber Schlupflöcher: Keinen Zugang erhalten die Wiener Inspektoren nämlich zu allen brasilianischen Eigenbauten — auch wenn diese nichts weiter als Kopien der deutschen Vorlagen wären.

Zwar fallen formal auch Nachbauten unter die Bestimmungen des Dreiecks-Vertrags. Doch niemand könnte die Brasilianer haftbar machen, wenn sie, vertragswidrig, die Duplikate als Produkte eigener Ingenieurkunst ausgäben.

Der frühere Chefdelegierte der Bundesrepublik bei der Atomenergie-Behörde, Werner Ungerer, befindet daher: „Länder, die nicht bereit sind, ihre gesamte Kernenergietätigkeit internationalen Sicherungsmaßnahmen zu unterstellen, sollten grundsätzlich von der Möglichkeit ausgeschlossen werden, sich

Brasiliens Staatschef Geisel
Anlagen für Strom und Bomben

das Know-how zum Aufbau eines eigenen Brennstoffkreislaufs zu beschaffen."

Amerikas neuer Präsident ist noch rigoroser. Wenn es nach ihm geht, sollen sensitive Anlagen überhaupt nicht mehr verkauft und in nationaler Regie betrieben werden dürfen. Zwischenstaatliche Sicherungen, wie sie Bonn in Abstimmung mit der US-Administration des Carter-Vorgängers Gerald Ford in den Brasilienvertrag hineingeschrieben hat, zählen für Carter nicht.

Carters Einreden gefährden die bisher rund 70 Einzel-Kontrakte zwischen den deutschen und brasilianischen Firmen, die an dem Atomgeschäft beteiligt sind. Soweit es sich dabei um Verträge über militärisch verwertbare Lieferungen handelt, kann die Bundesregierung, gestützt auf das Außenwirtschafts-Gesetz, der Industrie nach Belieben Auflagen machen.

Dazu zählt zweifelsfrei der gerade jetzt zur Genehmigung durch das Wirtschaftsministerium anstehende Export der Baupläne für eine Pilot-Anlage der Wiederaufbereitungsfabrik — eine kleine Versuchs-Version jener Anlage, die später einmal in kommerziellem Maßstab die im Reaktor abgebrannten Brennstoffe wieder einsatzfähig machen soll.

Seit zwei Monaten wird die Genehmigung für die Pilot-Anlage im Wirtschaftsministerium zurückgehalten — aus Rücksicht auf die neue amerikanische Regierung. Ein Beamter des Wirtschaftsministeriums: „Das war einfach ein Akt der Höflichkeit."

Nach der Mondale-Visite muß das Genehmigungsgesuch weiter in der Schublade bleiben — nun nicht mehr aus Höflichkeit. Der Carter-Vize forderte eine Denkpause, die Kanzler Schmidt ihm nicht verwehren wollte. Mondale zu Schmidt: „Wir brauchen Zeit zum Nachdenken."

Die Bundesregierung möchte dabei Denkhilfe leisten. Schon in der vorletzten Woche war Genschers Staatssekretär Peter Hermes unter strikter Geheimhaltung in der US-Hauptstadt, um Carters Außenminister Cyrus Vance von der Harmlosigkeit der Brasilien-Verträge zu überzeugen.

Unterdessen hofft der deutsche Kanzler zuversichtlich, daß es bei den Verhandlungen in den nächsten Monaten gelingt, sich an der unheilvollen Alternative — Krach mit Washington oder Bruch mit Brasilien — vorbeizumogeln, daß er den Brasilien-Vertrag erfüllen und zugleich die Amerikaner zufriedenstellen kann.

Nach der Unterhaltung mit Vize-Präsident Mondale deutete Schmidt in sibyllinischen Worten an, wie er sich den Seiltanz vorstellt. Einerseits: „So wie die Bundesrepublik bisher alle ihre Verträge erfüllt hat, wird sie das auch in Zukunft tun." Andererseits: „Das schließt nicht aus, daß in dieser Frage zukünftig neue zusätzliche Pflichten erfüllt werden müssen."

Des Rätsels Lösung: Die Deutschen möchten dem unveränderten Vertrag mit Brasilia ein internationales Zusatzabkommen „aufstülpen" (Kanzleramtsjargon). Die Amerikaner sollen dazu gebracht werden, sich nicht nur am Brasiliengeschäft mit der Wiederaufbereitungsanlage, sondern auch an deren Kontrollmechanismen zu beteiligen. Die Bonner wollen Washington damit ködern, daß sie auch anderen Atom-Interessenten — etwa Mexiko — einen Anteil an der Nuklearfabrik in Brasilien anbieten.

Nach Bonner Ansicht wäre damit wenigstens eine Mindestforderung Jimmy Carters erfüllt: Die umstrittenen Anlagen wären nationaler Regie entzogen. Sie könnten sogar ein internationales Modell für ähnliche Lösungen in anderen Staaten werden — entsprechend einer Idee des früheren US-Außenministers Henry Kissinger, der schon 1975 vor dem Weltsicherheitsrat „multiregionale Zentren" zur Anreicherung, Aufbereitung und Atommüll-Lagerung unter internationaler Aufsicht vorgeschlagen hatte. Die brasilianischen Militärs würden diese Lösung akzeptieren — so meinen die Deutschen, ohne die Brasilianer freilich bisher gefragt zu haben.

Der deutsche Regierungschef hält überdies Carters Maximalforderungen — Abschaffung aller heißen Nuklearanlagen — für illusionär und will den Präsidenten überzeugen, daß es eben heutzutage nicht mehr möglich ist, „das Atomgespenst zurück in die Flasche" (Carter) zu zwingen.

Dafür spricht einiges: Die indische A-Bombe hat gezeigt, daß selbst ein armes Land die Schreckenswaffe herstellen kann. Ihre einschlägigen Erfahrungen bieten die Inder schon jetzt auf den Weltmärkten feil. Politisch so unberechenbare Nationen wie Südafrika und Südkorea, wie Taiwan und Pakistan eifern, teils allein, teils mit deutscher oder französischer Hilfe, dem Beispiel der Indira Gandhi nach.

Auch Frankreichs jüngst verkündeter Verzicht, künftig keine Anlagen mehr zu verkaufen, die zur Bomben-Fertigung mißbraucht werden können, bleibt einstweilen ohne Wirkung. „Seiner pazifistischen und humanitären Tradition treu", hatte Paris pathetisch verkündet, „will Frankreich nicht zu der schrecklichen Bedrohung beitragen, die die Weiterverteilung der nuklearen Waffe bedeutet."

Das ist zunächst einmal nichts als Rhetorik. Die Franzosen sind entschlossen, einen nach deutsch-brasilianischem Muster geschlossenen Vertrag mit Pakistan über die Lieferung einer Aufbereitungsanlage zu erfüllen.

Weltweit haben heute 16 Länder mit derartigen, schon bestehenden Fabriken die Möglichkeit, die Bombe zu bauen. Niemand weiß, wo überall heimlich schon daran gebastelt wird.

Spätestens am Tag der Unterzeichnung ihres Pakts mit Brasilien haben die Deutschen zu erkennen gegeben, daß sie vor dieser gefährlichen Realität kapituliert haben. Jimmy Carter will die Atomgefahr beseitigen; die Bonner Regenten wollen den atomaren Habenichtsen technologisch zur Seite stehen — und sich damit zumindest die Möglichkeit auf ein Stück Kontrolle einhandeln.

Der Konflikt zwischen dem Pragmatiker Schmidt und dem Moralisten Carter ist unvermeidlich. Ein Schmidt-Berater: „Die Zukunft verspricht schwierig zu werden." ◆

Außenminister da Silveira (l.), Genscher*: „Pacta sunt servanda"

* Bei der Unterzeichnung des deutsch-brasilianischen Atomvertrags in Bonn am 27. Juni 1975.